



Helmholtzstr. 28 · 40215 Düsseldorf  
Tel: 0211-994160 · Fax: 0211-9941615  
[info@laga-nrw.de](mailto:info@laga-nrw.de) · [www.laga-nrw.de](http://www.laga-nrw.de)

Brief an die Vorsitzenden  
der Parteien, die Koalitionsgespräche führen

18.06.2010

### **Berücksichtigung des Themenfeldes „Integrationspolitik“ in der Koalitionsvereinbarung**

Die Frage der Zuwanderung nach Deutschland, aber vor allem auch die der Integration der seit langem hier lebenden Migrantinnen und Migranten spielt für dieses bevölkerungsreichste Bundesland eine besondere Rolle. Dieses Thema muss daher eine Querschnittsaufgabe für alle Bereiche der Landesregierung sein.

Gleichwohl sollte es innerhalb der Landesregierung weiterhin eine spezielle Zuständigkeit für den Bereich Zuwanderung und Integration geben, die in ihrer Zuordnung der Forderung nach sozialer, kultureller, rechtlicher und politischer Gleichstellung Rechnung trägt. Vorbild ist das von der bisherigen Landesregierung erstmals in der Bundesrepublik geschaffene Integrationsministerium.

Daneben sollte es, anders als in der vergangenen Legislaturperiode einen eigenständigen Integrationsausschuss auf parlamentarischer Ebene mit spezieller Zuständigkeit für migrations- und integrationspolitische Fragen geben.

Der Arbeit des Integrationsausschusses in der vorletzten Legislaturperiode war die parteiübergreifend beschlossene Integrationsoffensive NRW zu verdanken, die die Grundlage für eine fortschrittliche Integrationspolitik in NRW war und sich auch auf die Arbeit des Integrationsministers entscheidend ausgewirkt hat. Im Ausschuss für Generation, Familie und Integration der vergangenen Periode ist diese Fragestellung nach Auffassung der LAGA NRW aber leider zu kurz gekommen.

Dem Thema „Bildung“ kommt, wie alle Parteien auch im Landtagswahlkampf immer wieder betont haben, eine besondere Rolle zu.

Aus Sicht der LAGA NRW ist es gesamtgesellschaftlich gesehen von besonderer Bedeutung, in der Bildungs- und Schulpolitik die Realität unserer heterogenen Bevölkerungsstruktur zu berücksichtigen, die kulturellen Wurzeln der Migrantinnen und Migranten anzuerkennen, die Vorteile der natürlichen Mehrsprachigkeit und das interkulturelle Verständnis aller Menschen zu fördern. So können Bildungsnachteile ausgeglichen und erfolgreiche Schul- und Ausbildungserfolge befördert werden.

Einzelne Stichpunkte sind hier:

- Weiterer Ausbau der Versorgung von Unterdreijährigen in Tageseinrichtungen
- Wohnortnahe Umsetzung des Anspruchs auf einen Kita-Platz
- Kostenloser und verpflichtender Besuch einer Kita im letzten Jahr vor der Einschulung
- Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit über die Kita hinaus in allen Stufen des Schulsystems. Hierzu bedarf es eines abgestimmten Sprachförderkonzepts vom Kindergarten bis in die Sekundarstufe.
- Rückgängigmachung der Abschaffung der Schulbezirke für Grundschulen.
- Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlungen und des Prognoseunterrichts. Besonders Kinder mit Migrationshintergrund werden hier benachteiligt. Der Elternwille muss, nach Beratung mit der Schule, wieder Vorrang haben.
- Die Anwendung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss für benachteiligte Kinder, und hierzu zählen leider immer noch zahlreiche Kinder mit Migrationshintergrund, entsprechende Anwendung finden. Die Überweisung dieser Kinder an Förderschulen muss die absolute Ausnahme, die besondere Förderung der Regelfall sein.

Von ganz besonderer Bedeutung ist für die LAGA NRW die Forderung nach einem längeren, gemeinsamen Lernen aller Kinder. Das gegliederte Schulsystem mit der Verteilung von neunjährigen Kindern auf Haupt- und Realschule sowie Gymnasium wird dieser Forderung nicht gerecht. Die Weiterexistenz der Hauptschule als einer „Restschule“ für Kinder aus bildungsfernen Schichten und solchen mit Migrationshintergrund ist nicht länger tragbar.

Wir brauchen Gemeinschaftsschulen, auf denen die Kinder alle Abschlüsse erreichen können.

- Wir brauchen eine „Bildungsoffensive bilinguales Lernen“ mit Öffnung für alle Kinder unter besonderer Berücksichtigung der Herkunftssprachen der Migrantenkinder. Dazu gehört auch die Verstärkung der Angebote zur zweisprachigen Alphabetisierung (KOALA)
- Rücknahme der Stellenkürzungen beim muttersprachlichen Unterricht
- Aufnahme von Modulen zu „Deutsch als Zweitsprache“ sowie „Interkulturelles Lernen“ als verpflichtender Bestandteil der Lehrerbildung.
- Im gleichen Bereich eine Fortbildungsoffensive für die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen, insbesondere an solchen, in denen ein großer Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund unterrichtet wird.
- Die Schulen sollen dazu verpflichtet werden, bei der Entwicklung und Fortschreibung von Schulprogrammen der Tatsache Rechnung zu tragen, dass die Schule der Zukunft eine Interkulturelle Schule sein wird.
- Die von der bisherigen Landesregierung begonnene Werbung um Migrantinnen und Migranten, die sich um eine Ausbildung für den Lehrerberuf interessieren, muss fortgesetzt und verstärkt werden. Das Gleiche gilt für die Förderung der Elternmitwirkung.
- Bedarfsgerechter Ausbau des Angebots von Lehrstühlen für die Ausbildung von Lehrkräften für den Unterricht in den Hauptherkunftssprachen der Migrantinnen und Migranten und für den Islamunterricht.

Die LAGA NRW hat in ihrem „Bildungspapier 2020“, das ich als Anlage beifüge, gemeinsam mit verschiedenen Partnern wie Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, RAA, Elternverbänden, Hinweise darauf gegeben, wie eine Schul- und Bildungspolitik aussehen kann, die den Erfolg auch der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Blick hat.

Doch auch über den Bereich der Bildungspolitik hinaus gibt es wichtige Themenfelder für die die LAGA NRW sie bittet, diese bei der Erarbeitung des Koalitionsvertrages zu berücksichtigen:

- Eine weitere Verbesserung der politischen Partizipationsmöglichkeiten der Migrantinnen und Migranten, die in der letzten Wahlperiode leider nicht so umgesetzt werden konnte, wie dies ursprünglich geplant war, sollte zur Mitte der Wahlzeit unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit den jetzt arbeitenden Integrationsräten und Integrationsausschüssen in Angriff genommen werden.
- Die bisherige Landesregierung hat durch ihren Integrationsminister mehrfach ein Integrationsgesetz angekündigt, in dem die LAGA NRW als einziger demokratisch legitimer Ansprechpartner des Landes in Fragen der Integrationspolitik definiert wird und ihre Mitwirkungsrechte beschrieben werden. Für die LAGA wäre eine rasche Umsetzung dieser Ankündigung mit der entsprechenden Ausweitung der Förderung durch das Land von besonderer Bedeutung.
- Die von der LAGA NRW gestartete Kampagne für ein kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten, die unter anderem dazu geführt hat, dass es in mehr als 30 Städten unterstützende Ratsbeschlüsse gibt, sollte auch durch die Landesregierung unterstützt und auf Bundesebene forciert werden.
- Die Einbürgerung muss erleichtert werden, eine besondere Rolle spielt hierbei die Hinnahme von Mehrstaatigkeit. Die „Optionspflicht“ für volljährig werdende junge Menschen sollte umgehend abgeschafft werden. Hierfür soll die Landesregierung sich auf Bundesebene einsetzen.
- Der kulturellen Öffnung der Gesellschaft kommt eine bedeutende Funktion für das Zusammenleben aller Menschen in Deutschland zu. Verstärkte Antidiskriminierungsarbeit und interkulturelle Öffnung der Verwaltung sind wichtige Stichworte. Die Landesregierung kann hier durch Förderung von Antidiskriminierungsstellen und die verstärkte Einstellung von Migrantinnen und Migranten in den Landesdienst einen großen Beitrag leisten.
- Die von der Landesregierung geförderten „KOMM-IN Maßnahmen“ der Kommunen haben sich als sinnvoll und innovativ erwiesen. Diese sollten fortgeführt und ausgebaut werden.
- Die Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse für die Zulassung zum Studium bzw. verschiedene Berufe muss weiter forciert werden. In diesem Zusammenhang ist auch ein Rückgängigmachen der von der letzten Landesregierung verfügten Schließung der Studienkollegs eine Forderung der LAGA NRW.
- Studiengebühren machen es in großer Zahl jungen Menschen aus finanziell schlechter gestellten Familien, zu denen eben auch Migrantinnen und Migranten gehören, unmöglich ein Studium durchzuführen. Hier werden Bildungsressourcen vergeudet. Es gilt, diese Gebühren abzuschaffen.

- Gesinnungstests für Menschen aus islamischen Ländern sind diskriminierend und gehören umgehend abgeschafft.
- Integrationspolitik muss immer auch eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik bedeuten. Abschaffung von Kettenduldungen und Verbesserung der Situation von Menschen ohne Papiere sind zwei Stichworte. Für die Artikulation der Interessen der Flüchtlinge war bis zur Einstellung der Förderung durch die bisherige Landesregierung immer der Flüchtlingsrat NRW kompetenter Ansprechpartner. Diese Förderung sollte wieder aufgenommen werden.

Wie Sie sehen, gibt es zahlreiche Anregungen und Forderungen für eine fortschrittliche Integrationspolitik in NRW, wobei die Aufstellung nicht abschließend ist.

Die LAGA NRW steht als Ansprechpartner, der an einer fairen und vertrauensvollen Zusammenarbeit interessiert ist, gerne zur Verfügung.